

LIEFERVERTRAG FÜR

21 NIEDERFLUR-ELEKTRO-OMNIBUSSE (SOLO-BEV)

Nach Zuschlag noch zu ergänzen

zwischen

1. der **Neunkircher Verkehrs GmbH (NVG)**, vertreten durch die Geschäftsführer, Herrn Groß und Herrn Scheer, Wellesweilerstraße 146, 66538 Neunkirchen,

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ genannt -

und

2. [REDACTED], vertreten durch den/die Geschäftsführer, [REDACTED], [REDACTED],

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt -

Die Parteien zu 1. und 2. werden im Folgenden gemeinsam auch als „**die Parteien**“ bezeichnet.

Version: V-00

Datum: 30.06.2026

Inhalt

§ 1 Vertragsgegenstand.....	3
§ 2 Vertragsbestandteile	3
§ 3 Liefervertrag und Auslieferung in Lieferchargen.....	3
§ 4 Lieferverzug	4
§ 5 Gewährleistung.....	4
§ 6 Preise und Zahlungsbedingungen	5
§ 7 Laufzeit und Kündigung	5
§ 8 Vertragsstrafe	6
§ 9 Anwendbares Recht.....	7
§ 10 Vertraulichkeit	7
§ 11 Zahlungsplan.....	7
§ 12 Vertragserfüllungsbürgschaft	8
§ 13 Gewährleistungsbürgschaft.....	9
§ 14 Schlussbestimmungen	10

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Lieferung von 21 Niederflur-Elektro-Omnibussen (Solo-BEV) für den Öffentlichen Personennahverkehr (nachfolgend „ÖPNV“ genannt) im Liniennetz der NVG.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber die nachfolgend benannten 21 Niederflur-Elektro-Omnibusse (BEV-Busse) entsprechend den Anforderungen der als Anlage beigefügten Vergabeunterlagen an den Standort des Auftraggebers zu liefern. Der Lieferumfang ist verbindlich fixiert und umfasst folgende Modelle und Volumina von Niederflur-Elektro-Omnibussen:
 - a) 21 BEV-Solo-Bussen Niederflur von ca. 12,0 m Länge (Depotladung) (nachfolgend kurz: Solo-BEV) **in konkreter Herstellerspezifikation (Benennung/Typisierung)**

gemäß den Vergabeunterlagen des Auftraggebers zum Stand bei Zuschlagserteilung.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Für Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie die vertragliche Abwicklung der einzelnen Lieferchargen sind in der aufgeführten Reihenfolge maßgebend:
 1. die Bestimmungen dieses Vertrages
 2. die Vergabeunterlagen des Auftraggebers zum Stand bei Zuschlagserteilung inkl. aller Bewerber-/Bieterinformationen aus dem Vergabeverfahren (**Anlage 1**)
 3. das finale Angebot des Auftragnehmers vom [] inkl. aller Anlagen (**Anlage 2**)
 4. die VOL/B in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuell geltenden Fassung (**Anlage 3**)
- (2) Diese Unterlagen sind Bestandteil des Vertrages. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen und finden keine Anwendung.

§ 3 Liefervertrag und Auslieferung in Lieferchargen

- (1) Die Parteien schließen nur diesen Vertrag über die Lieferung mit Niederflur-Elektro-Omnibussen für den ÖPNV des Auftraggebers; gesonderte vertragliche Vereinbarungen gibt es nicht. AGB des Auftragnehmers bleiben unberücksichtigt und finden keine Anwendung.
- (2) Mit Übersendung des Zuschlagschreibens des Auftraggebers an den Auftragnehmer kommt der Vertrag wirksam zu Stande, ohne dass es dazu einer gesonderten Bestätigung des Auftragnehmers bedarf.

- (3) Für die zu liefernden Busse wurden die Lieferfristen für 3 Lieferchargen in den Vergabeunterlagen abschließend bestimmt; maßgeblich für die Einhaltung der jeweiligen Frist ist die rechtzeitige Lieferung des letzten Fahrzeugs der jeweiligen Charge:
- a) Charge 1: 2 BEV-Solo: spätestens am 01.06.2028
 - b) Charge 2: 9 BEV-Solo: spätestens am 01.10.2028
 - c) Charge 3: 10 BEV-Solo: spätestens am 01.12.2028
- (4) Vertragsstrafen gem. § 8 sind für Abs. 3 entsprechend zu berücksichtigen.

§ 4 Lieferverzug

- (1) Die Liefertermine gem. § 3 Abs. 3 sind verbindlich (Fixgeschäft). Erkennt der Auftragnehmer, dass ein vereinbarter Termin, gleich aus welchen Gründen, voraussichtlich nicht eingehalten werden kann, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der vorhersehbaren Dauer der Verzögerung schriftlich mitzuteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle erforderlichen und ihm zumutbaren Maßnahmen zu treffen, damit die zeitliche Verzögerung möglichst gering bleibt.
- (2) Die Mitteilung einer voraussichtlichen Lieferverzögerung ändert den vereinbarten Liefertermin nicht. Im Falle des Verzugs ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum Ersatz sämtlicher mittelbarer und unmittelbarer Verzugsschäden verpflichtet.
- (3) Die Annahme der verspäteten Lieferung durch den Auftraggeber bedeutet keinen Verzicht auf Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche, die dem Auftraggeber gegebenenfalls gegenüber dem Auftragnehmer zustehen.

§ 5 Gewährleistung

- (1) Die Niederflur-Elektro-Omnibusse haben den vereinbarten Qualitätsanforderungen gemäß § 2, insbesondere den Vergabeunterlagen des Auftraggebers zum Stand bei Zuschlagserteilung (**Anlage 1**) sowie dem finalen Angebot des Auftragnehmers vom (**Anlage 2**), den Güteanforderungen nach den jeweiligen EN-Normen und den in Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen für Niederflur-Elektro-Omnibusse zu entsprechen. Der Auftragnehmer garantiert und sichert die Einhaltung der in dem finalen Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 2**) genannten Werte für die Dauer der Sachmängelhaftung zu.
- (2) Für Sach- und Rechtsmängel leistet der Auftragnehmer nach seiner Wahl Gewähr durch kostenlose Nachbesserung oder Ersatzlieferung. Dem Auftraggeber bleibt ausdrücklich das Recht vorbehalten, bei Fehlschlagen der Nachbesserung oder Mangelhaftigkeit der Ersatzlieferung nach seiner

Wahl hinsichtlich der Liefercharge, in der die Leistungsstörung auftrat, zu mindern oder zurückzutreten. Das Recht auf Schadensersatz bestimmt sich nach Maßgabe von § 5 Abs. 4.

- (3) Bezüglich der Verbrauchswerte gemäß der Formblätter des finalen Angebots des Auftragnehmers vom [REDACTED] (**Anlage 2**) gilt abweichend von Abs. 2 Folgendes: Überschreitet der Flottenverbrauch der neubeschafften Fahrzeuge den vereinbarten Verbrauchswert um mehr als 3% bzw. der Verbrauch einzelner neubeschaffter Fahrzeuge den vereinbarten Verbrauchswert um mehr als 5%, muss der Auftragnehmer innerhalb einer Frist von vier Wochen nach schriftlicher Anzeige durch den Auftraggeber durch Nachbesserung gewährleisten, dass die garantierten Verbrauchswerte künftig eingehalten werden. In Hinblick auf das Thema Vertragsstrafen ist in diesem Zusammenhang § 8 zu berücksichtigen.
- (4) Ergänzend zu den genannten Gewährleistungsverpflichtungen gelten die zusätzlich geforderten Garantien in Bezug auf die Fahrzeugnutzung nach den Bedingungen von **Anlage 1**.
- (5) Der Haftungstatbestand für Schadens- und Aufwendungsersatz folgt aus den gesetzlichen Regelungen. Allerdings haftet der Auftragnehmer bei jeder Art von Pflichtverletzung (vorvertraglich, vertraglich und außervertraglich) auf Schadensersatz und Aufwendungsersatz nur für grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz, die bzw. der ihm oder seinem Erfüllungsgehilfen zur Last fällt. Davon abweichend hat der Auftragnehmer bei der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Verletzung einer Vertragspflicht, die das Erreichen des Vertragszwecks gefährdet (wesentliche Vertragspflicht), jede Form der Fahrlässigkeit zu vertreten.

§ 6 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Die Preise für die Bestellung der jeweiligen Omnibusse ergeben sich aus dem als **Anlage 2** beigefügten finalen Angebot des Auftragnehmers. Diese Preise gelten über die gesamte Laufzeit dieses Liefervertrags. Preise sind Nettopreise ohne evtl. anfallende Umsatzsteuer.
- (2) Die Zahlungen erfolgen nach dem Zahlungsplan gem. § 11.
- (3) Die Omnibusse bleiben bis zur vollständigen Zahlung der letzten Rate Eigentum des Auftragnehmers. Mit Zahlung der letzten Rate geht das Eigentum auf den Auftraggeber über.
- (4) Erfolgte Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Lieferung als vertragsgemäß.

§ 7 Laufzeit und Kündigung

- (1) Dieser Liefervertrag tritt ohne gesonderte Unterzeichnung mit Übermittlung des Zuschlags in Kraft. Der Vertrag endet mit der vollständigen Erfüllung sämtlicher vertraglicher Hauptleistungspflichten

der Parteien, insbesondere nach Lieferung und Abnahme aller Fahrzeuge sowie Erfüllung der vereinbarten Dokumentations- und Schulungsleistungen. Die Gewährleistungsansprüche bleiben von der Vertragsbeendigung unberührt und richten sich nach den vertraglichen Gewährleistungsbestimmungen.

- (2) Das Recht der Parteien, diesen Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, bleibt unberührt. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn
- a) der andere Vertragspartner mit zwei oder mehr Einzellieferungen (im Fall des Auftragnehmers) bzw. mit der Bezahlung des Kaufpreises für zwei oder mehr Einzellieferungen (im Fall des Auftraggebers) in Verzug gerät und der Verzug mehr als zwei Wochen nach Zugang einer Abmahnung des kündigenden Vertragspartners andauert, in welcher er die Kündigung angedroht oder sich diese vorbehalten hat;
 - b) über das Vermögen einer Partei das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder der andere Vertragspartner die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt oder hinsichtlich seines Vermögens Sicherungsmaßnahmen nach § 21 InsO angeordnet werden;
 - c) einer Partei ein Festhalten an diesem Vertrag aus einem sonstigen, in der Person des anderen Vertragspartners liegenden Grund unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles und der beiderseitigen Interessen nicht mehr zugemutet werden kann, insbesondere, wenn Umstände in der Person des anderen Vertragspartners vorliegen, welche erwarten lassen, dass dieser seinen Verpflichtungen aus diesem Vertrag dauerhaft nicht mehr nachkommen kann.
- (3) Die Kündigung dieses Vertrages lässt die eingetretenen Rechtsfolgen bezüglich erfolgter Einzelverträge unberührt. Die jeweiligen Einzelverträge haben eine eigene Geschäftsgrundlage.

§ 8 Vertragsstrafe

- (1) Im Falle einer Lieferverzögerung von mehr als vier Wochen auf den Liefertermin gem. § 3 Abs. 3 wird der Auftragnehmer für jedes betroffene Fahrzeug und für jede angefangene Woche mit einer Vertragsstrafe von 0,5% in Höhe des Kaufpreises für den jeweiligen Niederflur-Elektro-Omnibus belegt. Dieser Wert ist auf max. 5% des Fahrzeugnettopreises begrenzt.
- (2) Werden im Falle des § 5 Abs. 3 die garantierten Verbrauchswerte nach Ablauf der gesetzten Nachbesserungsfrist und/ oder nach zwei Nachbesserungsversuchen nicht erreicht, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe wie folgt zu zahlen: Ab der neunten Woche nach erstmaliger schriftlicher Anzeige der Überschreitung der garantierten Verbrauchswerte durch den Auftraggeber hat der Auftragnehmer
- a) bei einem Flottenverbrauch von mehr als 3% der garantierten Verbrauchswerte (Wochen-durchschnittswerte) für jedes betroffene Fahrzeug (Bedeutet: mit einer Überschreitung von

- mehr als 3% bis zu 5%) als Vertragsstrafe 0,1% des Nettofahzeugpreises zu zahlen. Dieser Wert ist auf maximal 1% des Fahrzeugnettopreises für jedes Fahrzeug begrenzt.
- b) bei einem Verbrauch einzelner neubeschaffter Fahrzeuge von mehr als 5% der vereinbarten Verbrauchswerte für jedes betroffene Fahrzeug und für jede angefangene Woche als Vertragsstrafe 0,2% des Nettofahzeugpreises für jedes betroffene Fahrzeug zu zahlen. Dieser Wert ist auf maximal 2% des Fahrzeugnettopreises für jedes betroffene Fahrzeug begrenzt.
- (3) Fällt im Rahmen der Garantiezeit ein Bus durch Mängel oder Störungen aus, so fallen an Werktagen ab dem dritten vollen Stehtag Ausfallkosten in Höhe von 250,00 € pro angefangenem Ausfalltag an.

§ 9 Anwendbares Recht

Der Vertrag unterliegt ausschließlich dem deutschen Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

§ 10 Vertraulichkeit

- (1) Jegliche öffentliche Verlautbarung des Auftragnehmers im Zusammenhang mit diesem Liefervertrag oder sonstigen, die Leistungserbringung für die Belieferung mit Niederflur-Elektro-Omnibussen betreffenden Sachverhalten bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Insbesondere wird der Auftragnehmer keine Pressemitteilungen ohne vorherige inhaltliche Abstimmung des zur Veröffentlichung vorgesehenen Textes mit dem Auftraggeber abgeben.
- (2) Die Parteien werden den Inhalt dieses Liefervertrages vertraulich behandeln und den Inhalt Dritten nur mitteilen, wenn und soweit es für die Erfüllung des Vertrages erforderlich ist. Mitteilungen aufgrund gerichtlicher oder öffentlich-rechtlicher Anordnungen oder Verpflichtungen, insbesondere gegenüber Rechnungsprüfungsstellen und kommunalen Gremien, bleiben dem Auftraggeber vorbehalten.

§ 11 Zahlungsplan

- (1) 9,5% des Auftragswertes nach Lieferung & Abnahme der ersten Charge
- (2) 42,9% des Auftragswertes nach Lieferung & Abnahme der zweiten Charge
- (3) 47,6% des Auftragswertes nach Lieferung & Abnahme der dritten Charge

§ 12 Vertragserfüllungsbürgschaft

- (1) Der Auftragnehmer hat unverzüglich nach Vertragsschluss, jedoch spätestens bis 1 Monat nach Zuschlag, eine nicht auf erstes Anfordern zahlbare Bürgschaft eines Bürgen (Kreditversicherer, Bank oder Sparkasse) i. H. v. 10 % der Nettoauftragssumme nach dem finalen Angebot (**Anlage 2**) für die Erfüllung sämtlicher ihm obliegender Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu stellen, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Mängelbeseitigung (inkl. Aufwendungsersatz und Kostenvorschuss bei Selbstvornahme) und Schadensersatz sowie die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen, ferner für die Erfüllung von Schadensersatzansprüchen jeglicher Art, insbesondere wegen Schadensersatzes statt der Leistung, wegen Pflichtverletzung, wegen Verschuldens bei Vertragsverhandlungen und aus Abwicklungsverhältnissen, z.B. nach berechtigter Kündigung des Vertrages durch den Besteller/Auftraggeber.
- (2) Es besteht Einigkeit, dass die Sicherheit auch sämtliche Regress- und Rückgriffsansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer sichern muss, falls der Auftraggeber durch Dritte in Anspruch genommen wird, soweit dies auf pflichtwidriges Verhalten des Auftragnehmers oder von dessen Nachunternehmern oder nachgeschalteten Nachunternehmern zurückzuführen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahme des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG, für Sozial-/Unfallversicherungsbeiträge sowie durch das Finanzamt oder andere amtliche Stellen wegen nicht geleisteter Zahlungen des Auftragnehmers und/oder seiner Nachunternehmer. Zu § 14 AEntG und anderen Nebengesetzen, die ebenfalls als Rechtsfolge eine bürgenähnliche Haftung des Bestellers/Auftraggebers vorsehen, besteht Einigkeit, dass der Auftragnehmer den Auftraggeber umfassend von Ansprüchen freistellen muss, die seitens der Arbeitnehmer des Auftragnehmers oder von gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien wegen ausgebliebener Zahlungen der Nachunternehmer des Auftragnehmers direkt gegen den Auftraggeber erhoben werden, und dass sich auch hierauf die Sicherheit zu erstrecken hat.
- (3) Stellt der Auftragnehmer die Bürgschaft nicht fristgerecht (vgl. Abs.1 dieses Paragraphen), so kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Stellung der Bürgschaft eine angemessene Nachfrist setzen und nach deren erfolglosem Ablauf Schadensersatz statt der Leistung verlangen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Auftragnehmer die Nicht-Stellung der Bürgschaft nicht zu vertreten hat. Alternativ ist der Auftraggeber – bei Aufrechterhaltung des Vertrages – dazu berechtigt, fällig werdende Abschlagszahlungen so lange – notfalls je in voller Höhe – einzubehalten, bis die vereinbarte Sicherheitssumme erreicht ist. In diesem Fall gelten die Regelungen des nachfolgenden Absatzes sinngemäß und hat der Auftragnehmer jederzeit das Recht, den vom Auftraggeber aus fälligen Abschlagszahlungen vorgenommenen Einbehalt durch eine vertragsgemäße Bürgschaft in (voller) Höhe von 10 % der Nettoauftragssumme nach dem finalen Angebot (**Anlage 2**) abzulösen.
- (4) Der Auftraggeber hat grundsätzlich nach der Abnahme gem. § 3 dieses Vertrags und den entsprechenden Festsetzungen der Leistungsbeschreibung die Bürgschaft mit Enthaltungserklärung dem Bürgen zurückzugeben. Sofern sich jedoch der Auftraggeber zu Recht im Abnahmeprotokoll uner-

ledigte Ansprüche wegen Mängeln und sonstige Ansprüche gleich welcher Art (insbes. Schadensersatzansprüche und Ansprüche auf Zahlung von Vertragsstrafe) vorbehalten hat, ist er berechtigt, bis zu deren Erfüllung die Enthaltung der Bürgschaft zu verweigern in Höhe eines Betrages, der der zweifachen Höhe der Mängelbeseitigungskosten, im Übrigen dem einfachen Wert der geltend gemachten Ansprüche entspricht, zuzüglich einer Pauschale von 10 % des je einfachen Betrages für Nebenforderungen wie Zinsen, Kosten der Rechtsverfolgung usw. Klargestellt wird jedoch, dass es dem Auftraggeber verwehrt ist, wegen derselben Ansprüche einerseits die Bürgschaft nicht zu enthaften, andererseits aber gegen einen nicht etwa noch einbehaltenen Werklohn(-restbetrag) Einwendungen zu erheben und ihn nicht auszuzahlen (Verbot der Doppelbesicherung).

§ 13 Gewährleistungsbürgschaft

- (1) Mit Abnahme der Fahrzeuge hat der Auftragnehmer zusätzlich eine Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 5 % der Nettoauftragssumme gemäß Angebot (**Anlage 2**) zu stellen. Die Gewährleistungsbürgschaft ersetzt ab diesem Zeitpunkt die Vertragserfüllungsbürgschaft, soweit diese zurückzugeben ist.

Die Gewährleistungsbürgschaft sichert sämtliche Ansprüche des Auftraggebers während der Gewährleistungszeit, insbesondere:

- a) Ansprüche wegen Sach- und Rechtsmängeln an den gelieferten Fahrzeugen,
- b) Ansprüche hinsichtlich der Hochvoltbatterien einschließlich garantierter Mindestkapazität und Degradationswerte,
- c) Ansprüche wegen Nichterreichens vereinbarter technischer Leistungsparameter (insbesondere Reichweite, Ladeleistung, Energieverbrauch, Verfügbarkeit),
- d) Ansprüche wegen Mängeln an Hard- und Softwaresystemen, einschließlich Fahrzeugsteuerung, Diagnose- und Telematiksystemen,
- e) Ansprüche auf Nachbesserung, Ersatzlieferung, Kostenvorschuss, Selbstvornahme, Minderung, Rücktritt und Schadensersatz.

- (2) Die Gewährleistungsbürgschaft ist für die gesamte Dauer der vertraglich vereinbarten Gewährleistungsfrist vorzuhalten. Maßgeblich ist die längste vertraglich vereinbarte Frist, insbesondere für Hauptkomponenten wie Traktionsbatterie, Brennstoffzellensystem (soweit vorhanden), Antriebseinheit oder Ladeinfrastrukturkomponenten.

Nach Ablauf sämtlicher Gewährleistungsfristen und Erfüllung aller bis dahin geltend gemachten Ansprüche ist die Gewährleistungsbürgschaft unverzüglich zurückzugeben.

- (3) Wird die Gewährleistungsbürgschaft nicht fristgerecht gestellt, ist der Auftraggeber berechtigt, einen Sicherheitseinbehalt in entsprechender Höhe von der Schlusszahlung vorzunehmen. Der Auftragnehmer kann den Einbehalt jederzeit durch Vorlage einer vertragsgemäßen Bürgschaft ablösen.
- (4) Wegen desselben Anspruchs ist eine gleichzeitige Inanspruchnahme der Bürgschaft und ein Einbehalt offener Vergütungsforderungen ausgeschlossen.

§ 14 Schlussbestimmungen

- (1) Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag ist das örtlich zuständige Gericht am Sitz des Auftraggebers, Neunkirchen.
- (2) Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, derartige unwirksame oder undurchführbare durch wirksame oder durchführbare Bestimmungen zu ersetzen, die der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich und rechtlich am Nächsten kommen. Entsprechendes gilt für die Schließung etwaiger Regelungslücken.
- (3) Nebenabreden, Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Nebenabreden bestehen nicht.

■, den ■

Neunkirchen, den ■

■

Unterschrift Auftragnehmer

■

Unterschrift Auftraggeber